



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Medienspiegel Kalenderwoche 17 / 2015

- Tagblatt, 20.04.15; Wenn Maturanden es nicht können
- Südostschweiz, 20.04.15; Initiative gegen Lehrplan 21 auch in Graubünden
- SRF. 20.04.15 Burnout-Kids
- Tagblatt, 20. April 2015, St.Galler Regierung gegen obligatorische Abstimmungen
- Tagblatt, 23. April 2015, Schule ohne Muttersprache
- «Kinder sollen lernen, sich selbst zu beschäftigen und nicht nur die Erfahrung machen, «ich werde immer unterhalten»»
- Tagblatt 24.04.15; Leserbrief
- Offener Brief zum Fremdsprachenunterricht in der Primarschule an D-EDK Christian Amsler

Sind Sie schon Mitglied in unserem Verein? Anmeldung an: info@starkevolksschulesg.ch

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf PC-Konto **61-562879-4** (IBAN: CH 48 0900 0000 6156 2879 4), für unsere Kinder - besten Dank



**Für den
Lernerfolg
unserer Kinder**

Ja zum HarmoS Austritt!

Sekretariat Starke Volksschule SG | Bahnstr. 10 | 9422 Staad
Tel: 071 565 18 85 | sekretariat@starkevolksschulesg.ch



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

PODIUM

Wenn Maturanden es nicht können

Was die jahrelange Erfahrung von Experten an Maturaprüfungen zeigt und Studien längst belegt haben, muss uns zu denken geben: Auch Maturanden machen in der deutschen Sprache haarsträubende Fehler. Unter ihnen gibt es Absolventen, die kaum einen einzigen Satz korrekt schreiben können. Dabei reichen die Fehler von der Sprachlogik über die Stilistik und die Syntax bis hinunter zur Rechtschreibung. Sätze wie «Er hat um drei Tage Urlaub einge-reicht» oder «Beim Bergrestaurant angekommen, ging die Sonne auf» oder gar die Verwechslung von Konjunktion und Artikel («Er weiss, das sie kommt.») sind keine Seltenheit.

Sprache fördert Denkfähigkeit

Das Gymnasium vermittelt die Fähigkeit des mündlichen und schriftlichen Ausdrucks; es verlangt von seinen Absolventen einen möglichst fehlerfreien Umgang mit der Muttersprache. So die sinngemässe Auslegung von Artikel 5 der Maturitätsverordnung, der das Bildungsziel umschreibt. Das ist nicht hoch genug einzuschätzen, beeinflusst die Sprachkompetenz doch die Denk- und Wahrnehmungsfähigkeit erheblich. Die genaue Beschreibung von

Sachverhalten gehört zu den Kernaufgaben jeder Wissenschaft.

Schwierigkeiten im Studium entpuppen sich bei näherem Betrachten nur allzu oft als mangelnde Sprachbeherrschung. Doch trotz der offenkundigen sprachlichen Defizite tun sich heute viele Gymnasien schwer, im Fach Deutsch, aber auch in den andern Fächern, ihren Schützlingen im Hinblick auf die Sprachrichtigkeit klare Forderungen

Wer nicht richtig schreiben kann, gehört weder zur Elite noch an eine Hochschule.

zu stellen. Die Ergebnisse sind entsprechend: Von 162 Kandidaten, die in diesem Winter die Eidgenössischen Passerelle-Prüfungen abgelegt haben, die ihnen den Zugang zu den Universitäten ermöglichen, waren 91 im schriftlichen Teil des Faches Deutsch ungenügend, und dies trotz bestandener Berufsmaturität. Da kann etwas nicht stimmen.

Haben Gymnasiallehrer den Anspruch, junge Menschen auf ein

Hochschulstudium vorzubereiten, dann dürfen sie den sprachlichen Schlendrian vieler ihrer Schützlinge nicht einfach hinnehmen, kann es ihnen nicht mehr oder weniger egal sein, wie sie schreiben. Dann müssen sie dringend wieder mehr Wert legen auf das Üben der sprachlichen Kernkompetenzen. Dann darf vor allem der Deutschunterricht so zentrale Disziplinen wie Grammatik und Stilistik nicht derart stiefmütterlich behandeln, wie das heute teilweise geschieht. Dann muss letztlich auch die Notengebung in diesen Disziplinen strenger werden.

Unselige Gleichmacherei

Das alles darf aber, entgegen der Meinung mancher Politiker, nicht auf Kosten des Literaturunterrichtes gehen. Zur gymnasialen Bildung gehört nun einmal das Erreichen einer gewissen historischen Tiefe, wie sie etwa der Unterricht in Literaturgeschichte vermittelt. Das unterscheidet das Gymnasium von andern Schulypen. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass die Zunahme der Sprachfehler bei den Maturanden einhergeht mit der Demokratisierung unserer Gymnasien seit den 1970er-Jahren, mit dem Glauben,

man müsse möglichst viele junge Menschen zur Matura führen, die Bildungsreserven seien voll auszuschöpfen. Die Erfahrung zeigte dabei schnell: Je höher die Maturaquote ist, desto niedriger ist das Können der Absolventen. Wer also die Qualität der Gymnasien erhöhen will, setzt bei den Quoten an und hält sie tief. Wir müssten heute wieder den Mut zur Elite haben – einen Mut, den wir in einer Zeit der unseligen Gleichmacherei schmerzlich vermissen. Denn die Bildung einer Elite ist für den Staat und die Gesellschaft ebenso wichtig wie die Förderung der Schwachen. Wer aber nicht richtig schreiben kann und sprachlich inkompetent ist, gehört weder zur Elite noch an eine Hochschule.



Bild: Corale Wenger

Mario Andreotti
Dozent für neuere deutsche Literatur



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Südostschweiz, 20.04.15; Initiative gegen Lehrplan 21 auch in Graubünden

Der Lehrplan 21 wird auch im Kanton Graubünden mit einer Volksinitiative bekämpft.



Chur. – Der Initiativtext wird der Standeskanzlei Graubünden laut Informationen der «Südostschweiz» in den nächsten Tag zur Vorprüfung eingereicht. Hinter dem Volksbegehren steht eine Gruppe von Nicht-Politikerinnen und Politikern. Die Initianten wollen die Öffentlichkeit in den nächsten Tagen im Detail über ihr Vorhaben informieren.

Mit der Ankündigung der Initiative gewinnt die morgen Dienstag im Grossen Rat stattfindende Debatte über den Auftrag der SVP «betreffend Lehrpläne müssen dem fakultativen Referendum unterstellt werden» an Brisanz.

<http://www.suedostschweiz.ch/politik/initiative-gegen-lehrplan-21-auch-graubuenden>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

SRF. 20.04.15 Burnout-Kids

Die Erschöpfungsdepression ist bei Kindern und Jugendlichen angekommen. Womit hat das zu tun? Was ist zu tun? Antworten eines Experten, der lange an diesem Umstand zweifelte.

Die Erschöpfungsdepression ist bei den Kindern und Jugendlichen angekommen. Das diagnostiziert Michael Schulte-Markwort wider Willen. Aber als Chefarzt der Altonaer Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie kann er trotz langem fachlichen Zweifeln nicht mehr darüber hinwegsehen, dass es Kinder und Jugendliche gibt, die unter der Alltagsanstrengung gut, besser und bestens zu sein, zusammenbrechen.

Es sind besonders die jungen Mädchen, die gefährdet sind. «Burnout-Kids Wie das Prinzip Leistung unsere Kinder überfordert» heisst Schulte-Markworts Sachbuch, das Einblick gibt in ein Phänomen, das nicht mit dem Label «Modediagnose» abgetan werden kann.

Cornelia Kazis hat Kinder- und Jugendpsychiater in Hamburg besucht und hat einen suchenden Experten erlebt, der auf vorschnelle Schuldzuschreibungen an Eltern und Schulen verzichtet. Trotzdem aber hat er Ideen zur Prävention und sieht Möglichkeiten der Hilfe, die innert nützlicher Frist aus der Anstrengungsstarre und dem Erschöpfungszustand führen können.

<http://www.srf.ch/sendungen/kontext/burnout-kids>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 20. April 2015, St.Galler Regierung gegen obligatorische Abstimmungen

Wie das Beispiel des Harnos-Konkordats zeige, könnten interkantonale Vereinbarungen höchst umstritten sein, heisst es im Vorstoss der beiden SVP-Kantonsräte Sandro Wasserfallen und Erwin Böhi.

Das Volk solle bei solch strittigen Vorlagen automatisch einbezogen werden, fordern sie. Bei Konkordaten, die Gesetzesänderungen bedingten, solle deshalb künftig das obligatorische Referendum angewendet werden.

Regierung ist dagegen

Die St.Galler Regierung lehnt den Vorstoss ab. Sie hält fest, dass Konkordate, die die Verfassung betreffen, bereits dem obligatorischen Referendum unterstünden. Bei interkantonalen Vereinbarungen auf Gesetzesebene werde abgestimmt, wenn 4000 Stimmberechtigte oder ein Drittel des Kantonsrats dies verlange.

So könnten sachlich unbestrittene Konkordate rasch in Vollzug treten, während für politisch umstrittene Vereinbarungen eine Volksabstimmung verlangt werden könne, argumentierte die Regierung.

Zudem gelten für Konkordatsbeschlüsse die Bestimmungen für Finanzreferenden: Wenn daraus Ausgaben von mehr als 15 Mio. Franken oder wiederkehrende Kosten von mehr als 1,5 Mio. Franken während mehr als zehn Jahren folgten, gebe es eine Volksabstimmung.

Fast alle Konkordate unbestritten

Seit 2003 habe der Kantonsrat 24 Mal den Beitritt, eine Änderung oder die Kündigung eines Konkordats im Gesetzesrang beschlossen, rechnete die Regierung vor: Über einen Beschluss sei wegen des obligatorischen Finanzreferendum abgestimmt worden. Gegen einen weiteren Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Es ging dabei um den Harnos-Beitritt. Das St.Galler Stimmvolk lehnte das Referendum im November 2008 ab.

Die Stimmberechtigten müssten nach der Forderung aus der Motion regelmässig über Vorlagen abstimmen, die politisch unbestritten seien, argumentierte die Regierung. Die Einführung des obligatorischen Referendums wäre zudem "in der Schweiz ein Novum". Eine solche Regelung gebe es weder beim Bund noch in anderen Kantonen.

Der St.Galler Kantonsrat wird voraussichtlich in der Juni-Session über die Motion entscheiden

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kantonstgallen/tb-sg/St-Galler-Regierung-gegen-obligatorische-Abstimmungen;art122380,4197145>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 23. April 2015, Schule ohne Muttersprache



Die Kinder, die zu Hause nicht Deutsch sprechen, sollen ihre Kompetenzen in der Muttersprache im HSK-Unterricht vertiefen. So lernen sie weitere Sprachen, etwa die deutsche, besser. (Bild: Hannes Thalmann)

Ein Postulat wollte die Prüfung von «Heimatliche Sprache und Kultur» als Schulfach. Die Stadt kann das nicht ohne gesetzliche Grundlage. Sie kritisiert den Kanton, dass er diese nicht schafft.

Längst hat die Wissenschaft bewiesen, dass sich das Beherrschen der Muttersprache positiv auf das Erlernen einer Zweitsprache auswirkt. Deshalb sollen Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, ihre Kompetenzen in der Erstsprache fördern. Heimatliche Sprache und Kultur, kurz HSK, fördert die Sprachkompetenz und Identitätsentwicklung von Kindern mit Migrationshintergrund. Ein Postulatsbericht, der nun beantwortet wurde, zeigt, die Schule kann diesen Unterricht aber nicht anbieten, dafür fehlt die rechtliche Grundlage. Dafür kritisiert der Stadtrat in seiner Postulatsantwort den Kanton auch.

Nicht ohne Hilfe vom Kanton

Eine mit Zürich vergleichbare gesetzliche Grundlage und verbindliche Regelung der HSK-Kurse fehlt im Kanton St. Gallen. Ohnehin wäre für eine Ausgestaltung eines HSK-Lehrplans nicht das städtische Schulamt, sondern der kantonale Erziehungsrat zuständig. An ihn also müsste konsequenterweise die Forderung einer gesetzlichen Grundlage und eines Lehrplans für HSK gestellt werden, stellt der Stadtrat in der Postulatsantwort klar. In der Stadt bieten private Trägerschaften HSK-Unterricht an.

Der Eigeninitiative der Stadt seien aber Grenzen gesetzt. Zwar setze die Stadt im Rahmen eines «kreativen Pragmatismus» auf bestehende Stärken und sei entschlossen, diese kontinuierlich auszubauen. Dennoch seien «ohne tatkräftiges Mitwirken des Kantons vergleichbar grosse Würfe wie in Zürich nicht möglich». Das sind deutliche Worte in Richtung des Kantons.

Beeinflussung verboten

Dennoch ist dem Stadtrat eine Förderung und vor allem Kontrolle des HSK-Unterrichts wichtig. Der HSK dürfe nicht für politische oder religiöse Beeinflussung der Kinder missbraucht werden. Der Unterricht solle die Kinder vielmehr hier integrieren. Der Stadtrat bekräftigt in seiner Postulatsantwort den Wunsch nach Kontrolle, für eine effektive Überprüfung seien aber zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen nötig.

Für den Stadtrat stellt sich die Frage, ob eine verstärkte Integration des HSK-Unterrichts in den regulären Schulbetrieb nicht zielführender wäre. Dieser Ansatz beisst sich aber damit, dass ein Teil der Migrantenkinder in besonderem Masse auf schulische



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Förderung im Klassenverband angewiesen ist. Also hat sich der Stadtrat entschlossen, die Trägerschaften vertraglich in die Pflicht zu nehmen. Dies tut er, in dem er Schulräume nur für HSK-Unterricht vergibt, wenn die Trägerschaften bestimmte Auflagen erfüllen.

So verpflichten sich die Trägerschaften beispielsweise politisch und konfessionell neutral zu sein. Sie dürfen nur HSK-Lehrpersonen einstellen, die über eine pädagogische Ausbildung sowie über die Sprachkompetenz B1 in Deutsch verfügen. Des weiteren ist die Organisation, Durchführung und Finanzierung der Kurse Sache der Trägerschaft. Auch müssen die Trägerschaften ein pädagogisches Konzept vorlegen und die Zusammenarbeit mit den Schulleitungen jener Schulen pflegen, in denen Kurse stattfinden.

Für den Stadtrat ist das Postulat «Heimatliche Sprache und Kultur als Schulfach» erledigt. Er beantragt dem Stadtparlament ihn als solchen abzuschreiben. Die nächste Parlamentssitzung findet am Dienstag statt.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadtstgallen/tb-st/Schule-ohne-Muttersprache:art186,4199892>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

«Kinder sollen lernen, sich selbst zu beschäftigen und nicht nur die Erfahrung machen, «ich werde immer unterhalten»»



Der Medienpädagoge Thomas Merz über das iPhone-Syndrom bei Kleinkindern, Facebook für Primarschüler und wieviel Medienkonsum in welchem Alter bei Kindern empfehlenswert ist.

Herr Merz, bereits Einjährige haben die Wisch-Bewegung auf Smartphones raus, Dreijährige malen auf Tablets. Wie sehen Sie das als Medienpädagoge: Gehört dies im 21. Jahrhundert dazu, oder müssen wir uns um die Kinder sorgen?

Für kleine Kinder ist es von zentraler Bedeutung, dass sie Erfahrungen mit der physischen Umwelt machen und ihr Weltbild darauf aufbauen können. Dass sie Dinge in die Hand nehmen, ertasten, fallen lassen oder verformen können. Auf dem Smartphone hingegen sehen sie nur Abbilder, alles ist gleich flach. Reaktionen sind nicht durch Naturgesetze, sondern durch die Programmierung bestimmt. Erfahrungen sammeln durch Ertasten ist hier nicht möglich. In dieser frühen Phase wäre ich deshalb bei Kindern mit Smartphones, Tablets und Co. sehr zurückhaltend. Zwar würde ich es nicht dramatisieren, wenn Kinder nur hin und wieder solche Medien nutzen – als Ausnahme. Aber fördern würde ich es sicher nicht.

US-Psychologen warnen bereits vor dem iPhone-Syndrom. Dieses entstehe, wenn Eltern ihren gelangweilten Kindern das Smartphone zusteckten, damit sie ruhig sind.

Dies halte ich für eine bedenkliche Entwicklung. Kinder sollen lernen, sich selbst zu beschäftigen und nicht nur die Erfahrung machen, «ich werde immer unterhalten». Was sie dabei nämlich nicht lernen, ist geduldig zu sein oder gar ihre Langeweile aus eigenen Stücken zu bewältigen. Zum Leben und zum kreativ sein gehört aber das Überwinden von Durststrecken.

Ab welchem Alter ist es Ihrer Meinung nach nicht mehr so heikel, Kinder mit Smartphones oder Tablets hantieren zu lassen?

Bis zum Kindergartenalter wäre ich damit sehr zurückhaltend; am Anfang der Primarschulzeit ebenfalls noch. Mit zunehmendem Alter ist eine vielfältige Mediennutzung o.k. Generell darf die Medienerfahrung nur nicht die realen Grunderfahrungen ersetzen, das ist das Wichtigste. Ausserdem gilt: Erhalten Kinder in ihrem Alltag vielfältige Anregungen, sind sie im realen Leben gut verankert, steht jede Mediennutzung auf einem ganz andern Fundament. Neulich erzählte mir ein Bekannter, dass er mit seinem Enkelkind immer Spiele auf dem



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

iPad spielt. Meine Antwort daraufhin war: «Ich vermute, das Wertvollste für deinen Enkel ist es, beim Grossvater auf den Knien zu sitzen – und nicht das Spiel selbst.»

«Facebook gehört heute dazu»

Wie stehen Sie zu Sozialen Netzwerken, wie etwa Facebook?

Facebook bietet, wie andere Soziale Netzwerke, viele Möglichkeiten. Entscheidend ist der richtige Umgang.

Und ab welchem Alter können Kinder damit richtig umgehen? Mittlerweile sind schon ganze Primarschulklassen dort vertreten.

Das ist ein schwieriges Thema. Facebook selbst setzt die Grenze bei 13 Jahren. Richtig empfehlen kann man es deshalb vorher nicht. Für die Schweiz würde ich für jüngere Kinder sowieso immer zu zambo.ch raten. Der offizielle Webauftritt des Kinderprogramms von Schweizer Radio und Fernsehen verfügt über eine eigene Community, bei der Kinder zwischen sechs und 14 Jahren mit dem Einverständnis der Eltern kostenlos Mitglied werden können. Das Gute daran: Die Mitglieder sind geprüft und registriert. In einem geschützten Umfeld können Kinder hier also erste Erfahrungen mit einem Sozialen Netzwerk machen.

Wie sieht es bei älteren Kindern aus?

Facebook gehört heute in der Regel dazu, mit allen Chancen und Risiken. Habe ich vielfältige soziale Erfahrungen gemacht, Freundschaften geschlossen, gepflegt, gestritten und mich wieder versöhnt, sind dies wichtige Erfahrungen, die auch für die Pflege von Freundschaften auf Sozialen Netzwerken zentrale Basis sind.

Beim Medienkonsum setzen Eltern ihren Kindern oft zu spät Grenzen

Sie sind selbst Vater von drei jugendlichen Töchtern. Haben Sie schon mal deren Facebook-Profile kontrolliert?

Nein, aber wir sprechen regelmässig darüber, wie wir Facebook nutzen – ich bin dort ja auch aktiv. Und damit bin ich beim Kernpunkt: Je älter Kinder werden, umso wichtiger ist es, dass man sich mit den Medien auseinandersetzt, über die Nutzung nachdenkt und spricht – und zwar zusammen mit den Kindern. Eltern und Schule müssen sie unterstützend begleiten. Denn Medien sind für die Lebenswelt von heute von grosser Bedeutung. Wichtig aber ist, schrittweise einen kompetenten Umgang mit den Medien zu erlernen.

Ist es da sinnvoll, wenn Eltern ihren Kindern bei der Mediennutzung zeitliche Limits setzen?

Eine Grundschwierigkeit von Medien ist: Nutzen wir sie, liefert uns dies anstrengungslos tolle Erfahrungen – was einerseits schön ist. Doch schalten wir Unterhaltungsmedien aus, bleibt in der Regel nichts mehr, worauf man stolz sein kann. Stelle ich als Eltern also Medien immer zur freien Verfügung, gebe ich Kindern auf Dauer nicht die Erfahrung, die sie wirklich brauchen. Von daher machen Zeitlimits schon Sinn, vor allem bei jüngeren



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Kindern. Oft setzen Eltern aber Grenzen erst, wenn Jugendliche im Medienkonsum über die Stränge schlagen. Besser wäre es, bereits bei den Kleinen damit zu beginnen und dort die Grenzen relativ eng zu stecken, sodass man zunehmend mehr Freiheiten gewähren kann, wenn sie sich an die Abmachungen halten.

Wieviel Medienkonsum ist denn nun o.k.? Können Sie uns konkrete Zahlen nennen?

Als Orientierungshilfe würde ich sagen: Im Kindergartenalter nicht mehr als eine halbe Stunde Medienerfahrung pro Tag – dies jedoch nicht täglich. In der Unterstufe dann eine Stunde pro Tag, in der Mittelstufe eineinhalb und in der Sekundarstufe zwei bis zweieinhalb Stunden pro Tag. Natürlich ist das auch immer von der Situation abhängig. Ist ein Kind mit Medien kreativ tätig, stellt es zum Beispiel einen Film zusammen, gehört dies nicht zu Unterhaltungskonsum.

Die eigene Mediennutzung überdenken

Was halten Sie von Kindersicherungen?

Kindersicherungen sind nach meiner Einschätzung für Eltern, die bereit sind, viel Zeit dafür zu investieren, denn sie müssen sich permanent auf dem Laufenden halten. Sind die Einschränkungen zu eng, können die Kinder die Möglichkeiten gar nicht nutzen; sind sie zu grosszügig gesteckt, nützen sie nichts. Wichtiger ist es meines Erachtens, als Eltern Interesse zu zeigen, mit den Kindern darüber zu reden. Etwa zu fragen: Was schätzt du an Facebook? Wo erlebst du etwas, was dich belastet? Wie gelingt es dir, deine eigenen Zeitlimits einzuhalten? Wo entdeckst du Risiken? Es macht auch Sinn, beim Einstieg ins Internet mit den Kindern Vereinbarungen zu treffen, was sie ins Netz stellen dürfen und was nicht.

Einerseits haben Eltern oft Angst, dass ihr Kind im Netz zu freigiebig mit seinen Daten umgeht. Andererseits posten viele Eltern selbst sehr offenherzig – Babyfotos zum Beispiel.

Eltern sollten sich schon überlegen, wie häufig sie Medien nutzen und wieviel sie dort von sich oder ihren Kindern preisgeben. Haben Eltern zum Beispiel bei Facebook selbst kein Profilfoto veröffentlicht, publizieren dort aber alles von ihren Kindern, ist das schon fragwürdig. Beim Veröffentlichen von Kinderfotos sollte man generell sehr zurückhaltend sein und sicher keine zeigen, die andere nur lustig finden. Ausserdem sollte man sich dabei immer die Frage stellen: Wenn mein Kind im Alter von 15 bis 20 Jahren diese Fotos im Netz entdeckt, hat es dann Freude daran oder nicht? Auch die Frage «Wie gehe ich selbst mit Medien um?» sollten sich Eltern ab und zu stellen. Bin ich etwa immer nur mit halber Aufmerksamkeit im Gespräch mit meinen Kindern und mit halber Aufmerksamkeit im Social Network? Entscheidend ist dabei vor allem, dass wirklich ein Austausch zwischen Eltern und Kindern stattfindet. (kri)

(comticker.com ist ein Medienportal der Textagentur etextera - www.etextera.ch)

<http://www.comticker.com/index.php?mact=News%2Ccntnt01%2Cdetail%2C0&cntnt01articleid=389&cntnt01returnid=23>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 10, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt 24.04.15; Leserbrief

Kinderärzte wollen beim Lehrplan 21 mitreden

Ausgabe vom 18. April 2015

Vielfältiges Bildungssystem nötig

«Kinderärzte sind der Meinung, dass mittlerweile immer mehr Kinder und Jugendliche überfordert sind» schreibt Josef Laimbacher, Chefarzt Jugendmedizin am Ostschweizer Kinderspital in St. Gallen. Dies führe oft zu psychosomatischen Störungen, bis hin zu Suizidgedanken.

Auch andere Indizien weisen deutlich auf Grenzen unseres Schulsystems. Verschiedene Studien zeigen: Rund 5000 Jugendliche brechen in der Schweiz jedes Jahr frustriert die Schule ab. Fast jedes fünfte Kind repetiert ein Schuljahr (im Kanton St. Gallen ist es sogar fast jedes dritte). Mit teuren sonderpädagogischen Massnahmen wird versucht, Kinder, welche nicht der Norm entsprechen, in der staatlichen Regelschule zu halten.

All dies drängt zu folgender Einsicht: Ebenso wenig wie ein Schuhmodell für alle Füsse passt, kann ein Schulmodell den Bildungsbedürfnissen aller Kinder gerecht werden. Es braucht dazu Schulen mit verschiedenen pädagogischen Konzepten und Schwerpunkten. In einem solch vielfältigen Bildungssystem müssen aber die Eltern ohne bürokratische und finanzielle Hindernisse eine Schule wählen können, welche den Bildungsbedürfnissen ihres Kindes entspricht.

Erwin Ogg

Johannisbergstr. 70
8645 Rapperswil-Jona



ZLV, Ohmstrasse 14, Postfach, 8050 Zürich

D-EDK
Herr Christian Amsler
Zentralstrasse 18
6003 Luzern

Zürich, 7. April 2015

**Zürcher Lehrerinnen-
und Lehrerverband**
Ohmstrasse 14
Postfach
8050 Zürich

Telefon 044 317 20 50
sekretariat@zlv.ch
www.zlv.ch

Zahlungsverbindungen
ZKB, 8010 Zürich
IBAN CH2100700112800032400
oder PC 80-36615-3

VKZ
Verband Kindergarten Zürich

MLV
Mehrklassenlehrerinnen-
und lehrerverein Zürich

ZKM
Zürcher Kantonale Mittelstufe

Sektion Primarstufe I

Sektion Sekundarstufe

Sektion SHP
Schulische Heilpädagoginnen
und Heilpädagogen

Sektion BBF
Begabungs- und
Begabtenförderung

Sektion Ha/We
Handarbeit/Werken

Sektion Stadt Zürich

Sektion Stadt Winterthur

Der ZLV ist Mitglied des LCH

Offener Brief zum Fremdsprachenunterricht in der Primarschule

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Amsler

Nach wie vor ist das Thema „Sprachen in der Volksschule“ in der ganzen Schweiz eine zentrales und heiss diskutiertes Politikum. Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV hat deshalb Ende 2014 bei seinen rund 4000 Mitgliedern eine entsprechende Umfrage durchgeführt. (s. Beilage). Die Ergebnisse lassen sich in zwei Kernaussagen zusammenfassen:

- Die Lehrpersonen wollen nur noch eine Fremdsprache auf der Primarstufe.
- Die Lehrpersonen bevorzugen eine Lösung für die gesamte Deutschschweiz und halten einen Alleingang des Kantons Zürich für keine vernünftige Option.

Die Lehrpersonen waren bei der Einführung der Regelung mit zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe mehrheitlich kritisch eingestellt – es gab aber auch viele positive Stimmen. Die damals versprochenen Rahmenbedingungen (keine Noten, nicht promotionswirksam, angepasste kleinere Lerngruppen) wurden jedoch im Verlauf der Zeit verändert oder gar nie eingehalten, was sich auf die Akzeptanz der Zweisprachen-Regelung bei den Lehrpersonen unserer Ansicht nach negativ auswirkte. Als grösstes Hindernis für einen nachhaltigen Erfolg des frühen Sprachenlernens erwies sich aber die ungenügende Stundendotation mit nur je zwei Wochenlektionen für die beiden Fremdsprachen. Statt in einer der beiden Fremdsprachen die Lektionendichte zu erhöhen, wurden die sprachlichen Bildungsziele verzettelt, was viele Schülerinnen und Schüler überforderte. Allzu oft mussten Lehrpersonen den Fremdsprachenunterricht auf andere Fächer ausdehnen, um die wichtigsten Ziele im Französisch und Englisch überhaupt erreichen zu können.

Darüber hinaus hat das sprachenlastige Konzept den Bildungsauftrag der Primarschule spürbar verändert. Umso grösser ist die Ernüchterung, da sich jetzt herausstellt, dass der frühe Fremdsprachenunterricht nur bescheidene Resultat vorweisen kann. Nun fragen sich viele Lehrpersonen: „Lohnt sich der ganze Aufwand wirklich?“

Der ZLV bedauert, dass im Kanton Zürich die vom Verband bereits 2010 geforderte Evaluation des Fremdsprachenunterrichtes an der Primarschule nie durchgeführte wurde. Dann hätte man heute auch Daten aus den Zürcher Schulen für eine sachliche Diskussion über die Nachhaltigkeit des frühen Fremdsprachenlernens.



Die Lehrerschaft ist sich bewusst, dass neben dem pädagogischen Aspekt das frühe Lernen der französischen Sprache in unserem viersprachigen Land ein zentrales Anliegen ist. Pädagogisch gibt es starke Argumente für nur eine Fremdsprache an der Primarschule, politisch haben wir Verständnis, dass Französisch bereits auf der Mittelstufe gelernt werden soll. Als Ausweg aus dem Dilemma könnten wir uns vorstellen, dass die funktionale Weltsprache Englisch deshalb erst ab Beginn der Oberstufe eingeführt würde.

Dass die Situation beim Sprachenlernen in der Primarschule als völlig unbefriedigend erachtet wird, zeigen bildungspolitische Aktivitäten in verschiedenen Kantonen. Mehrere kantonale Volksinitiativen für eine Fremdsprache werden im kommenden Jahr zur Abstimmung gelangen. Auch im Kanton Zürich ist zurzeit eine solche Initiative in Vorbereitung.

Der ZLV setzt sich dafür ein, dass eine für die Deutschschweiz sowohl pädagogisch wie politisch tragfähige Lösung gefunden werden kann. Wir haben Hoffnung, dass ein vernünftiger Ausweg aus der Sackgasse noch immer möglich ist. Um dieses Ziel zu erreichen, suchen wir mit Ihnen das Gespräch. Wir würden uns deshalb sehr freuen, wenn Sie als EDK-Präsident Deutschschweiz die Einladung für einen Gedankenaustausch über die genannte Thematik annehmen würden. Bitte lassen Sie uns wissen, ob wir grundsätzlich für einen solchen Austausch auf Sie zählen dürfen. Um die Terminierung würden wir uns sobald wie möglich kümmern.

Mit freundlichen Grüßen
Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband

Lilo Lätzsch, Präsidentin ZLV
079 409 44 32, lilo.laetzsch@zlv.ch

Hanspeter Amstutz, Initiativkomitee

Beilagen: Resultate der ZLV Umfrage Fremdsprachen auf Primarstufe

Kopie geht an: Beat W. Zemp, Präsident LCH